

Neue Regelungen gelten auch für ZFA

Seit 1. August ist das novellierte „Aufstiegs-Berufsausbildungsgesetz“ in Kraft. Es gilt auch für Zahnmedizinische Fachangestellte, die sich fortbilden wollen. Laut Gesetz werden unter anderem Lehrgangsgebühren unabhängig von Einkommen und Vermögen bis zu einer Höhe von 15.000 Euro zur Hälfte als Zuschuss vom Staat übernommen. Für den Rest der Kosten gibt es zinsgünstige Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Bei erfolgreicher Abschlussprüfung muss das KfW-Darlehen jetzt nur noch zur Hälfte zurückgezahlt werden.

Weitere Informationen, unter anderem zur neu geregelten Unterhaltsförderung, finden Interessenten im Internet: www.aufstiegs-bafoeg.de

tas/Quelle: BZÄK

Konzertierte Aktion

In einem Offenen Brief haben sich der Verband medizinischer Fachberufe, die Bundesärztekammer, die Bundeszahnärztekammer, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) gewandt. Darin fordern sie einen Sonderbonus für Medizinische und Zahnmedizinische Fachangestellte als besonders belastete und gefährdete Gesundheitsberufe mit Systemrelevanz während der Corona-Pandemie sowie die Aufnahme von MFA und ZFA in die nationale Teststrategie auf das Coronavirus.

Nachzulesen ist das Schreiben im Internet: www.bzaek.de/fileadmin/PDFs/b/Covid19_Sonderbonus_Teststrategie_MFA_ZFA_VmF_ZAe_Ae_21082020.pdf

tas/Quelle: BZÄK

143 000 Menschen ohne Krankenversicherung

In Deutschland haben immer mehr Menschen keine Krankenversicherung. Waren es 2015 noch 79 000 Betroffene, so gab es 2019 bereits 143 000 Menschen ohne Krankenversicherungsschutz. Das geht aus Daten hervor, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht hat. Demnach waren zuletzt

in Westdeutschland 117 000 und in den neuen Bundesländern 26 000 Menschen betroffen.

Die Organisation „Ärzte der Welt“ geht unterdessen von einer hohen Dunkelziffer aus, weil weder Menschen ohne Aufenthaltstitel noch Wohnungslose ohne Meldeadresse in der Statistik abgebildet werden. „Die steigende Zahl der Menschen ohne Krankenversicherungsschutz offenbart, dass auch in Deutschland vielen Menschen ihr Menschenrecht auf Gesundheit verwehrt wird“, resümiert der Direktor der Organisation, François de Keersmaeker.

tas/Quelle: destatis

Plus trotz Corona

Die Wirtschaftskrise wegen der Corona-Pandemie hat in der Halbjahresbilanz der Deutschen Apotheker- und Ärztekbank (apoBank) noch keine Spuren hinterlassen. Von Januar bis Juni 2020 erzielte die Standesbank einen stabilen Jahresüberschuss in Höhe von 32,7 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es zu diesem Zeitpunkt 31,9 Millionen Euro gewesen.

Das Wachstum der Bank speist sich zum einen aus dem Kreditgeschäft. Die Forderungen an Kunden seien von 37,3 auf 38,3 Milliarden Euro gestiegen. Sowohl Finanzierungen für Existenzgründungen als auch für Immobilien sowie das Darlehensgeschäft mit Firmenkunden hätten zugelegt. Die Risikovorsorge für das operative Geschäft wuchs auf 43,4 Millionen Euro (Vorjahr: 36,1 Millionen Euro). Somit hat die Krise offenbar nicht zu verstärkten Kreditausfällen bei Medizinern geführt. Im Wertpapieranlagegeschäft sei es zudem gelungen, das betreute Depotvolumen trotz der Marktverwerfungen bei 9,7 Milliarden Euro stabil zu halten.

Für das gesamte Jahr 2020 plant die apoBank nach eigenen Angaben, einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften, der leicht über dem Vorjahr liegt und „eine angemessene Dividende ermöglichen würde“. Ansonsten steht das zweite Halbjahr vor allem im Zeichen der Nachbereitung ihrer IT-Umstellung, die mit mehreren Pannen verbunden war.

tas/Quelle: apoBank